

# Kann die SPD-Basis CETA noch kippen?



EU-Parlament und gegebenenfalls die nationalen Parlamente käme, sowie der Öffentlichkeit vermittelt werden könnte.

Die kanadische Seite zeigt sich dagegen beim schon weiter fortgeschrittenen Handelsabkommen CETA flexibel, was gerade in der SPD zu einer Diskussion darüber führt, ob das Abkommen mitgetragen werden könnte. Auf großen Druck, auch durch die LINKE, werden statt privater Schiedsgerichte nun öffentliche Investitionsgeschichte mit verbeamteten Richtern und öffentliche Verhandlungen angedacht. Dies ändert aber nichts daran, dass Konzerne in Geheimverhandlungen Schadensersatz von Staaten einklagen könnten.

Mit CETA würde ein paralleles Rechtssystem entstehen, maßgeschneidert nach Konzerninteressen. Demokratische Entscheidungen – langfristige Gesetzesänderungen – langfristige getätigte Investitionen könnten durch einen Federstrich einer neuen (linken) Regierung unrentabel werden. Die Befürworter prophezeien Wachstumsimpulse, Arbeitsplätze, höhere Einkommen und niedrigere Preise. Es gibt aber auch Kritik: Die Verhandlungen bleiben geheim. Transparenz bei der Gesetzgebung ist aber die Voraussetzung, als Öffentlichkeit eine Meinung äußern zu können, bevor das Paket „eingetütet“ ist. Der Vertragstext zu CETA lässt erahnen, worum es bei TTIP geht: Für öffentliche Dienstleistungen und Daseinsfürsorge gibt es eine grundsätzliche „Liberalisierungsverpflichtung“. Alles, was nicht ausgeklammert wird, muss tendenziell privatisiert werden. Bei Arbeitsschutznormen und Umweltstandards werden nur „Bemühungen“ versprochen, ohne Sanktionen bei Verstößen. Deshalb warnen Umwelt- und Verbraucherschützer beiderseits des Atlantiks davor, dass die mühsam erkämpften Standards auf den kleinsten gemeinsamen Nenner abgesenkt werden. Ein besonders kritisches Kapitel ist die Privilegierung von Konzernen durch Investoren-Sonderklagerechte bei Gesetzesänderungen. Die Problematik solcher Sonderrechte ist spätestens bekannt, seitdem Vattenfall die Bundesrepublik vor einem US-Schiedsgericht auf knapp fünf Mrd. Euro verklagt, die ihm durch den vorzeitigen Atomausstieg an Gewinn entgehen würden.

Aktuell scheint TTIP auf Eis gelegt, es wird von Experten bereits als gescheitert betrachtet – vor allem weil die amerikanische Seite nicht einmal mehr zu kleinsten Zugeständnissen bereit ist. Kompromisse wären jedoch die Voraussetzung dafür, dass das Abkommen durch das

EU-Parlament und gegebenenfalls die nationalen Parlamente käme, sowie der Öffentlichkeit vermittelt werden könnte. Die kanadische Seite zeigt sich dagegen beim schon weiter fortgeschrittenen Handelsabkommen CETA flexibel, was gerade in der SPD zu einer Diskussion darüber führt, ob das Abkommen mitgetragen werden könnte. Auf großen Druck, auch durch die LINKE, werden statt privater Schiedsgerichte nun öffentliche Investitionsgeschichte mit verbeamteten Richtern und öffentliche Verhandlungen angedacht. Dies ändert aber nichts daran, dass Konzerne in Geheimverhandlungen Schadensersatz von Staaten einklagen könnten. Mit CETA würde ein paralleles Rechtssystem entstehen, maßgeschneidert nach Konzerninteressen. Demokratische Entscheidungen – langfristige Gesetzesänderungen – langfristige getätigte Investitionen könnten durch einen Federstrich einer neuen (linken) Regierung unrentabel werden. Die Befürworter prophezeien Wachstumsimpulse, Arbeitsplätze, höhere Einkommen und niedrigere Preise. Es gibt aber auch Kritik: Die Verhandlungen bleiben geheim. Transparenz bei der Gesetzgebung ist aber die Voraussetzung, als Öffentlichkeit eine Meinung äußern zu können, bevor das Paket „eingetütet“ ist. Der Vertragstext zu CETA lässt erahnen, worum es bei TTIP geht: Für öffentliche Dienstleistungen und Daseinsfürsorge gibt es eine grundsätzliche „Liberalisierungsverpflichtung“. Alles, was nicht ausgeklammert wird, muss tendenziell privatisiert werden. Bei Arbeitsschutznormen und Umweltstandards werden nur „Bemühungen“ versprochen, ohne Sanktionen bei Verstößen. Deshalb warnen Umwelt- und Verbraucherschützer beiderseits des Atlantiks davor, dass die mühsam erkämpften Standards auf den kleinsten gemeinsamen Nenner abgesenkt werden. Ein besonders kritisches Kapitel ist die Privilegierung von Konzernen durch Investoren-Sonderklagerechte bei Gesetzesänderungen. Die Problematik solcher Sonderrechte ist spätestens bekannt, seitdem Vattenfall die Bundesrepublik vor einem US-Schiedsgericht auf knapp fünf Mrd. Euro verklagt, die ihm durch den vorzeitigen Atomausstieg an Gewinn entgehen würden. Aktuell scheint TTIP auf Eis gelegt, es wird von Experten bereits als gescheitert betrachtet – vor allem weil die amerikanische Seite nicht einmal mehr zu kleinsten Zugeständnissen bereit ist. Kompromisse wären jedoch die Voraussetzung dafür, dass das Abkommen durch das

**Neu:**

**Links! im Digitalabo.  
Jede Ausgabe schon drei  
Tage früher im Mailpostfach!**

Jetzt kostenlos bestellen:  
[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),  
[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de)  
oder 0351-84 38 9773.

# Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt  
September 2016

**STOP  
CETA  
TTIP**

**FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!**

**SA 17. SEPT. 2016**

**LEIPZIG WILHELM-LEUSCHNER-PLATZ  
UM 12 UHR**

**DEMO**

**UND ZEITGLEICH IN BERLIN, FRANKFURT,  
HAMBURG, KÖLN, MÜNCHEN UND STUTTGART!**

ISSN 2193 682X



9 772193 682004